

Resolution des Regionalausschusses Krefeld der IHK Mittlerer Niederrhein zur Haushaltslage in Krefeld

1. Der Regionalausschuss Krefeld der IHK Mittlerer Niederrhein spricht sich gegen eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 440 auf 483 Punkte aus. Durch diese Steuererhöhung wird die Wirtschaft in der Seidenstadt stark belastet. Das kurzfristig erreichbare Mehraufkommen von 9 Mio. steht für betriebliche Investitionen nicht zur Verfügung. Investitionen sind wichtig, um den Standort nachhaltig zu stärken.
2. Die Gewerbesteuer ist ein wichtiger Standortfaktor. Dies hat auch die IHK-Standortanalyse aus dem Jahr 2013 gezeigt. Lediglich die Straßeninfrastruktur und die Energiekosten sind für die Unternehmer wichtiger. Eine massive Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um knapp zehn Prozent führt dazu, dass der Zuzug von ansiedlungsinteressierten Unternehmen beeinträchtigt wird. Auch der Fortzug von Krefelder Betriebe an andere Standorte ist möglich. Wir befürchten, dass der langfristige Nettoeffekt der Steuererhöhung negativ ist.
3. Krefeld ist eine Stadt, in der sich viele Betriebe angesiedelt haben, die Standorte an mehreren Orten in Deutschland, Europa und der Welt haben. Durch die Steuererhöhung wird Krefeld gegenüber diesen Standorten unattraktiver. Wir sehen die Gefahr, dass für diese Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten Impulse gesetzt werden, bedeutende Investitionen mit nachhaltiger Wirkung eher an ihren anderen Standorten zu tätigen.
4. Der IHK-Regionalausschuss spricht sich zudem gegen eine Anhebung der Grundsteuer von 475 auf 538 Punkte aus. Eine derart massive Steigerung sorgt dafür, dass vor allem flächenintensive Betriebe stärker belastet werden. Mit Blick auf die anderen Teilregionen des IHK-Bezirks zeigt sich, dass zuletzt gerade im Bereich der Logistik zahlreiche Beschäftigungsverhältnissen geschaffen wurden. In Krefeld hat sich von Juni 2013 bis Juni 2014 die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegen den Trend negativ entwickelt. Will man dieser Entwicklung entgegensteuern, muss die Stadt auch für die wachsende Logistikbranche attraktiv bleiben.
5. Der IHK-Regionalausschuss spricht sich für mehr Sparbemühungen der Stadtverwaltung aus. Das derzeitige Haushaltssicherungskonzept ist einseitig auf die Ertragsseite ausgerichtet. Zudem ist es unabdingbar, dass alle aufwandsseitigen Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept komplett umgesetzt werden. Dass sich Krefeld im Nothaushaltsrecht befindet, liegt auch daran, dass beabsichtigte aufwandsseitige Maßnahmen früherer Haushaltssicherungskonzepte nicht umgesetzt wurden.
6. Der IHK-Regionalausschuss Krefeld erkennt an, dass die Stadt durch Pflichtausgaben im sozialen Bereich in ihrer finanziellen Freiheit eingeschränkt wird. Die Notwendigkeit dieser Sozialausgaben, etwa für Flüchtlinge, wird von uns nicht infrage gestellt. Allerdings sollten insbesondere Kommunen in einer schwierigen finanziellen Lage wie Krefeld verstärkt darauf pochen, dass das Konnexitätsprinzip Anwendung erfährt. Die finanziell belasteten Städte müssen sich noch stärker gegen eine Verletzung dieses Prinzips verbünden. Wenn der Bund Gesetze erlässt, muss er auch die Kosten tragen bzw. für eine weitgehende finanzielle Kompensation sorgen. Der IHK-Regionalausschuss Krefeld unterstützt die Stadt in diesem Anliegen ausdrücklich.